

Eckpunkte Entwurf des Berliner Bündnisses „**Linke Alternativen zur Krise des Kapitalismus**“

Die Krise heißt Kapitalismus...

In der Öffentlichkeit wird über die aktuelle Krise als Krise des Finanzsystems gesprochen. Maßnahmen von oben richten sich darauf, Banken und Versicherungen durch Bereitstellung gewaltiger Finanzmittel zu stützen. Dagegen zeigt sich in der aktuellen Krise nicht eine Krise der Geschäftsmoral von Bankern und Managern sondern das Scheitern des neoliberalen Kapitalismus, der in den letzten Jahrzehnten die Ausbeutungsraten verschärft hat. Die so entstandenen gigantischen Gewinne konnten nicht profitabel neuinvestiert werden und wurden auf die liberalisierten Finanzmärkte gelenkt. So entstanden die Spekulationsblasen, die nun geplatzt sind. Die Krise ist global und verschärft die kapitalistische Konkurrenz. Wenn mit der Standortkonkurrenz nicht gebrochen wird, werden die Leidtragenden der Krise in diesem Konkurrenzkampf in Dienst genommen werden. Die Krise verschärft die Gefahr von Kriegen zur Interessendurchsetzung wie auch den Ausbau von Sicherheitspolitik zu einem autoritären Kapitalismus: in der Bekämpfung der Armen statt der Armut, in der Abschottung gegen Migranten und in Überwachung und Bekämpfung sozialer Kritik.

Die Bereitstellung von Finanzmitteln für Banken und Konzerne sind nicht der erste Schritt zur Verstaatlichung und Verteidigung des Gemeinwohls, sondern eine Verteidigung der Profite von Banken und Unternehmen. Die Umverteilung von unten nach oben wird mit dem Bankenrettungspaket und den bisherigen Wirtschaftsprogrammen fortgesetzt.

Die Krise soll auf die Mehrheit der Lohnabhängigen abgewälzt werden, die Bevölkerung wird aufgerufen, sich auf harte Zeiten vorzubereiten: Lohnverzicht und Sozialabbau setzen auf Spaltungen zwischen verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen und eine Verschärfung der Ausbeutung. Was angeblich im Interesse Aller ist, ist tatsächlich eine Fortschreibung der Umverteilung von unten nach oben.

Die Krise des Globalen Nordens wird auch den Globalen Süden hart treffen und die Nahrungs-, Klima- und Energiekrise weiter verschärfen. Versuche, soziale oder ökologische Rechte durchzusetzen, rücken in unerreichbare Ferne. Im Gegenteil, es ist anzunehmen, dass verstärkt militärische Mittel eingesetzt werden, das weltweite Ausbeutungsverhältnis zu stützen. Am 2.4. treffen sich die Vertreter der G20 Staaten in London, um über die Weltwirtschaftskrise zu beraten, am 4.4. trifft sich die NATO in Straßburg, um neue militärische Strategien zu planen.

Lasst uns am 28.3. in Frankfurt und Berlin und lasst uns vom 1.bis 5.4. in Straßburg und Baden-Baden klar und deutlich sagen:

Wir zahlen nicht für Eure Krise – Keine Abwälzung der Krisenfolgen auf Lohnabhängige und den Globalen Süden – kein Geld für Krieg und Rüstung!

1. Statt Sicherung von Banken und Unternehmensprofiten – Schutzschild für Lohnabhängige, Prekäre und Erwerbslose - Garantie der sozialen Sicherheit und gesellschaftlichen Teilhabe für alle!

- Erhöhte Steuern für Unternehmen, Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen. - Mindestlohn von mind. 10 Euro
- Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, bis dahin Anhebung der Regelsätze auf mindestens 500 EUR; Grundsicherung, die ihren Namen verdient, für alle Menschen die hier leben – ohne Sanktionen und Arbeitszwang

- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Umsetzung der 35-Stunden-Woche, Schritte in Richtung 30 –Stundenwoche
- Rente mit 60 ohne Abschläge und Zwangsverrentung – Vergesellschaftung der privaten Rentenfonds und Versicherungen, die mit der Alterssicherung Profite machen
- Abschaffung der Leiharbeit, bis dahin: Gleichstellung von Leiharbeitern Sicherung von Arbeitsplätzen: Verbot von Entlassungen bei Unternehmen, die öffentliche Subventionen/Kredite erhalten; Streikrecht bei Betriebsschließungen und Standortverlagerungen;

2. Für eine solidarische Gesellschaft

Zentrale gesellschaftliche Bereiche wie Rente, Bildung, Gesundheitsversorgung, Mobilität sind keine Waren, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht nach privaten Gewinninteressen organisiert werden sollen.

- Gegen Privatisierungen – für öffentliche Güter und Ausbau (massive Investitionen) der gesellschaftlichen Infrastruktur für alle: Auch Mobilität und Energie
- Gesundheitsversorgung für alle: Ausbau und massive Investition in ein öffentliches, solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem ohne 2-Klassen-Medizin
- Bildungsblockaden Einreißen – allgemeiner und kostenloser Zugang zu Bildung und Kultur: Verbot von Studiengebühren, gebührenfreie allgemeine Kita- Versorgung, Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, der Privatschulen und der Zugangsbeschränkungen zu Hochschulen

3. Keine Abwälzung der Krise auf den Globalen Süden

Für Internationale Solidarität und Globale Gerechtigkeit, gemeinsam gegen das Diktat der G20

- Streichung aller Schulden - Globale Umverteilung des Reichtums
- Statt Bekämpfung der Armen und Bekämpfung der Migration: Bekämpfung der Armut und globale Bewegungsfreiheit für alle
- Freier Zugang zu Land, Wasser und Saatgut statt Ausplünderung durch Agrarkonzerne und Handelspolitik der Industrieländer
- Geld für solidarische globale Entwicklung – statt für Krieg und Rüstung

4. Übergänge in eine solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus:

Ausrichtung von Wirtschaft und Banken nach demokratischen Entscheidungen und menschlichen Bedürfnissen statt nach Profiten

- Enteignung von privaten Banken und Versicherung – Überführung des Finanzsektors in demokratische Kontrolle
- Statt Verschärfung der Klimakrise: Globale soziale und ökologische Rechte
- Enteignung der Energiekonzerne und langfristiger sozialer und ökologischer Umbau der Wirtschaft unter gesellschaftlicher Kontrolle